Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, den 09.10.2013, 18.00 Uhr im Ratssaal des Rathauses, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler

Anwesend vom Stadtrat:

die Damen und Herren Ratsmitglieder

<p><u>SPD</u> Broschk, Bündgen, Dickmeis, Gartzen, Gehlen, Kämmerling, Kendziora, Klinkenberg, Köhler, Krauthausen, Leonhardt, Liebchen, Lindner, Löhmann, Medic, Moll, Priem, Scholz, Schultheis, Schyns, Wagner, Weidenhaupt, Werner, Zimmermann, Zollorsch,</p>	<p><u>CDU</u> Casel, Dondorf, Groß, Grafen, Graff, Dr. Herzog, Kortz, Maus, Mund, Peters, Schmitz,</p> <p><u>FDP</u> Göbbels, Krieger, Theuer,</p> <p><u>GRÜNE</u> Pieta, G., Widell</p> <p><u>UWG</u> Spies, Waltermann,</p> <p><u>FPU</u> Lennartz, Stolz,</p> <p><u>Fraktionslose Mitglieder</u> Borchardt, DIE LINKE,</p>	<p><u>es fehlten:</u></p> <p><u>entschuldigt:</u> Müller, Pieta, F.-D., Willms R., Willms V.,</p> <p><u>Verwaltung:</u> Herr Bgm. Bertram, 1. Beigeordneter und Stadtkämmerer Knollmann, Herr Technischer Beigeordneter Gödde, Herr Bolz, Frau Breil, Frau Brettnacher, Herr Breuer, Herr Gühsgen, Herr Dr. Hartlich, Herr Kaefer, Herr Kamp, Frau Merx, Herr Rehahn, Herr Rombach, Herr Swiechota</p> <p><u>Schriftführer:</u> Herr Gans, Frau Jahn</p> <p><u>Gäste:</u></p> <p><u>zur Ausbildung:</u></p>
--	--	--

Bgm. Bertram eröffnete die Sitzung des Rates um 18.03 Uhr und begrüßte die Ratsmitglieder und die Mitarbeiter der Verwaltung, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Zuhörer.

Bgm. Bertram stellte fest, dass die Einladung zur Ratssitzung sowie die Tagesordnung frist- und formgerecht zugegangen seien und die Beschlussfähigkeit des Rates gegeben sei.

Bgm. Bertram erläuterte, Wünsche zur Tagesordnung würden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

A	Öffentlicher Teil	
A 1	Fragestunde für Einwohner	- ohne -
A 2	Genehmigung einer Niederschrift	- ohne -
A 3	Bestellung einer Schriffführerin	288/13
A 4	Umbesetzung im Schulausschuss	237/13
A 5	<u>Haushaltsangelegenheiten</u>	
A 5.1	Haushaltssatzung 2014 sowie 4. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010-2016 –Einbringung des Entwurfs – mündlicher Vortrag	-ohne-
A 5.2	Feststellung des Jahresabschlusses 2011 und Entlastung des Bürgermeisters	262/13
A 5.3	Haushaltsentwurf 2014 der StädteRegion Aachen; hier: Benehmensherstellung zur Festsetzung der Allgemeinen Regionsumlage	284/13
A 5.4	Zustimmung zur Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen bei Produkt 06 3630101 - Hilfen für junge Menschen und ihre Familien, Kostenstelle 5100 0000 Jugendamt: Sachkonto 52320100 - Kostenerstattung an andere Jugendhilfeträger gem. §§ 89 ff. SGB VIII - i.H.v. 377.700 €, Sachkonto 53310700 - Familienhilfe gem. § 31 SGB VIII - i.H.v. 80.000 €, Sachkonto 53310800 - Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII - i.H.v. 170.000 €, Sachkonto 53320400 - Heimerziehung gem. § 34 SGB VIII - i.H.v. 333.000 €, Sachkonto 53320600 - Eingliederungshilfe in Einrichtungen gem. § 35 a SGB VIII - i.H.v. 280.000 €, insgesamt = 1.240.700 €	282/13
A 5.5	Zustimmung zur Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen bei Produktsachkonto 53380100 - 053130101; Bez.: Laufende Leistungen, § 2 AsylbLG; Kostenstelle: 50100000, i. H. v. 100.000,00 € bei Produktsachkonto 53380400 - 053130101; Bez.: Sach- und Geldleistung, § 3 AsylbLG; Kostenstelle: 50100000, i. H. v. 100.000,00 € bei Produktsachkonto 53380500 - 053130101; Bez.: Krankenhilfe (§ 4 AsylbLG/ § 264 SGB V); Kostenstelle: 50100000, i. H. v. 150.000,00 € (insgesamt 350.000,00 €)	291/13
A 6	Neuverteilung der finanziellen Mittel für die Jugendarbeit der Evangelischen Kirchengemeinde Weisweiler-Dürwiß und der Kath. Kirchengemeinde St. Peter und Paul –Eschweiler	257/13
A 7	Auflösung des ZAR e.V. und zukünftige Mitarbeit in der Grünmetropole e.V.	195/13

A 8	2. Änderung des Bebauungsplanes D 13 -Bonhoefferstraße- hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss	236/13
A 9	Sportplatz Röhe	290/13
A 10	<u>Anfragen und Mitteilungen</u>	
A 10.1	Kenntnisnahme über- und außerplanmäßiger Aufwendungen/ Auszahlungen	269/13
B	Nichtöffentlicher Teil	
B 1	Green Solar Herzogenrath GmbH	253/13
B 2	Gewährung von Bedienstetendarlehen	275/13
B 3	Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft	276/13
B 4	Sicherheiten und Gewährleistungen für Dritte	285/13
B 5	Rekommunalisierung der WBE	286/13
B 6	<u>Anfragen und Mitteilungen</u>	
B 6.1	Ausschreibung einer Stelle	287/13
B 6.2	Unterrichtung des Rates nach § 113 Abs. 5 GO NRW	- ohne -

A Öffentlicher Teil

A 1 Fragestunde für Einwohner

Zu Tagesordnungspunkt A 1 ging die als Anlage 1 beigefügte Anfrage des Herrn Christian Olbrich ein, die den Ratsmitgliedern zur Kenntnis gegeben wurde.

Bgm. Bertram antwortete, dass die Unstimmigkeiten mit den Grundstückseigentümern und die politischen Diskussionen in Aachen bekannt seien. Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat hätten sich nun abgestimmt, sodass es zur Entwicklung eines Gewerbegebietes kommen könne.

Er habe die Ratsmitglieder über diesen Sachverhalt nicht informiert, da die Bürgermeister ebenfalls nicht informiert worden seien.

Außerdem erklärte er, dass Herr Gödde Mitglied des Aufsichtsrates sei und keine Beschlussänderungen bzw. anderen Entwicklungen erkennbar seien. Eine Förderung des Landes für den Flughafenausbau sei nicht erkennbar, sodass sich der Sachverhalt bezüglich des Flughafens grundsätzlich nicht verändert habe.

A 2 Genehmigung einer Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 17.07.2013 wurde einstimmig genehmigt.

A 3 Bestellung einer Schriftführerin 288/13

Einstimmig wurde vom Rat der Stadt Eschweiler folgender Beschluss gefasst:

Frau Lisa Jahn wird zur Schriftführerin für die Sitzungen des Stadtrates bestellt.

Der zuständige Fachdezernent wird ermächtigt festzusetzen, welcher Schriftführer jeweils zu amtieren hat.

**A 4 Umbesetzung im Schulausschuss
237/13**

Einstimmig wurde vom Rat der Stadt Eschweiler folgender Beschluss gefasst:

Der Rat beschließt die nachfolgende Änderung in der Besetzung des Schulausschusses:

Anstelle von Herrn Ewald Leclair wird Herr Markus Neuefeind mit sofortiger Wirkung als beratendes Mitglied für die Grundschulen in den Schulausschuss bestellt.

A 5 Haushaltsangelegenheiten

A 5.1 Haushaltssatzung 2014 sowie 4. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010-2016 –Einbringung des Entwurfs – mündlicher Vortrag

Herr 1. Beigeordneter und Stadtkämmerer Knollmann führte zu diesem Tagesordnungspunkt folgendes aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

entsprechend der Verfahrensweise im letzten Jahr erhalten Sie den Haushaltsentwurf wiederum so rechtzeitig, dass eine Beratung und Beschlussfassung noch bis zum Jahresende erfolgen kann.

Wie meinerseits im vorherigen Jahr bereits erläutert wurde, birgt die nahezu gesetzeskonforme Verfahrensweise die Gefahr, dass einige Eckdaten noch nicht abschließend festgelegt wurden.

So orientieren sich z. B. die in dem Entwurf eingestellten Schlüsselzuweisungen an der ersten Modellrechnung des Gemeindefinanzierungsgesetzes sowie an den aktuellen Orientierungsdaten und der Regionalisierung der Maisteuerschätzung.

Gleichwohl hat die frühe Einbringung des Haushaltsentwurfs den Vorteil, dass die vorläufige Haushaltsführung gegenüber den Vorjahren (mit Ausnahme des letzten Jahres) erheblich verkürzt wird.

In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, dass bedingt durch die Tatsache, dass unser Haushalt mit einem Haushaltssicherungskonzept geführt wird, entsprechend den einschlägigen Vorschriften der Gemeindeordnung NRW in der vorläufigen Haushaltsführung zusätzliche Restriktionen, nämlich im Bereich der Personalwirtschaft und der Kreditaufnahme zu beachten sind.

Meine Damen und Herren, die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich auf die wesentlichen Eckpunkte des Haushaltsentwurfs, die Ihrerseits vertieft im Band I der Haushaltssatzung nachgelesen werden können.

Vorweg möchte ich die entscheidende Kernaussage treffen, dass auch der Haushalt 2014 zum Ziel des Haushaltssicherungskonzeptes, nämlich 2016 den Haushaltsausgleich zu erreichen, führt.

Dies ist ein wichtiger Meilenstein unserer Haushaltskonsolidierung.

In diesem Zusammenhang bedarf es wohl keiner weiteren Erläuterung, dass sich die Einhaltung der HSK-Vorgaben mit zunehmendem Zeitablauf in Richtung „Ende des HSK-Planungszeitraums“ immer schwieriger gestaltet. Dennoch sollten wir an diesem Kurs festhalten, da die Teilnahme am Stärkungspakt des Landes unter den aktuellen Rahmenbedingungen keine wirkliche Alternative darstellt.

Bei den Erträgen ist im Planungszeitraum der Haushaltssatzung 2014 eine positive Entwicklung festzustellen.

Diese zeigt sich insbesondere bei den Steuern und bei den Schlüsselzuweisungen.

Bereits im laufenden Haushaltsjahr kann bei der Gewerbesteuer nach jetzigem Kenntnisstand ein deutlicher Mehrertrag gegenüber dem Haushaltsansatz verzeichnet werden.

Nicht zuletzt führen natürlich auch die Ihrerseits beschlossenen Erhöhungen der Realsteuerhebesätze (mit Ausnahme der Grundsteuer A) in 2015 zu beachtlichen Mehrerträgen (insgesamt 2,5 Mio. €).

Die Gesamtaufwendungen steigen in 2014 um ca. 5 Mio. €. In 2015 sind sie leicht rückläufig und in den Jahren 2016 und 2017 ist mit weiteren Steigungen zu rechnen, die aber insgesamt jeweils unterhalb der Gesamterträge liegen.

Ursächlich für den Anstieg in 2014 sind Mehraufwendungen bei den Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 1,35 Mio. € sowie bei den Transferaufwendungen in Höhe von 3,76 Mio. €.

Die Kernverschuldung beträgt zum Stichtag 31.12.2012 insgesamt 75,5 Mio. €.

Addiert man die Liquiditätssicherungskredite (im Jahresdurchschnitt 2012 rund 78,3 Mio. €) hinzu, so errechnet sich eine Pro-Kopf-Verschuldung von 2772,04 €.

Im Verhältnis zum Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung von 374,03 € pro Kopf.

Nachdem acht Jahre ununterbrochen keine Netto-Neuverschuldung zu verzeichnen war, zeigte sich in 2012 durch die vermehrte Kreditierung von Investitionsmaßnahmen wieder eine Netto-Neuverschuldung und damit ein Anstieg der Verschuldung.

Die Liquiditätssicherungskredite steigen nach einer aktuellen Hochrechnung in 2014 bis zum derzeitigen Höchstbetrag an. Ab 2015 ist dann bis zum Ende des Planungszeitraumes 2017 von einer deutlichen Verminderung auszugehen. Zur Absicherung etwaiger „Spitzen“ wäre für 2014 eine Anhebung des derzeitigen Höchstbetrages in Erwägung zu ziehen.

Neben den stadt eigenen Problemstellungen belasten auch immer wieder außerordentliche Sachverhalte die kommunale Haushaltswirtschaft.

Am Beispiel der Neugestaltung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes wird dies u. a. deutlich:

Während Eschweiler noch zu den Kommunen zählt, die hier Zahlungen vom Land zu erwarten haben (nach jetzigem Kenntnisstand für die Jahre 2007 bis 2012 insgesamt ca. 2 Mio. €), kommt es bei den Umlageverbänden (Städteregion Aachen und Landschaftsverband Rheinland) zu Nachschusspflichten.

Im Rahmen des Benehmensherstellungsverfahrens (TOP A 5.3 der heutigen Sitzung) hat die Städteregion bereits mitgeteilt, dass sie den für die Jahre 2007 bis 2011 zu zahlenden Betrag von ca. 2,8 Mio. € wieder über die Allgemeine Städteregionsumlage gegenüber den regionsangehörigen Gemeinden refinanziert.

Der Landschaftsverband Rheinland muss für die Jahre 2009 bis 2011 32,5 Mio. € zurückzahlen. Hier erwägt der Umlageverband nach Aussage der Kämmerin im Rahmen der Umlageerhebung über den Haushalt 2014 eine entsprechende Regelung zu schaffen.

Hierdurch wäre als Mitgliedskörperschaft zwar zunächst die Städteregion Aachen betroffen, die dann jedoch wiederum diese Belastung im Rahmen der Allgemeinen Umlage an die regionsangehörigen Städte/Gemeinden weiterreicht.

Im Ergebnis kann somit festgestellt werden, dass die erwähnte Zuweisung im Rahmen des Einheitslastenabrechnungsgesetzes an die Stadt Eschweiler durch die Überfrachtung der Städteregionsumlage nicht unerheblich geschmälert wird.

Zu den Konsolidierungsmaßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes ist Folgendes auszusagen:

Sach- und Dienstleistungen

Die festgeschriebenen Höchstbeträge für den Zeitraum 2014 bis 2017 sind im Vergleich zur 3. Fortschreibung gestiegen, so dass die Obergrenzen in diesem Zeitraum neu zu bestimmen waren.

Diese Entwicklung ist einer verstärkten Instandhaltung, wie z. B. bei der Bausubstanz Gesamtschule Waldschule oder der Neueinrichtung naturwissenschaftlicher Räume an der Gesamtschule und am Gymnasium zuzuschreiben.

Personalwirtschaftliche Maßnahmen

Wie Ihnen bekannt ist, soll in den Jahren 2014 bis 2016 insgesamt 1,035 Mio. € bei den Personalkosten eingespart werden.

Angesichts der seit Jahren bereits praktizierten Verfahrensweise, bei der Wiederbesetzung von Stellen vornehmlich im Rahmen sogenannter Personalentwicklungsmaßnahmen Mitarbeiter aus dem Hause zu berücksichtigen, dürfte die Umsetzung dieser Konsolidierungsmaßnahme besonders schwierig werden.

Gegebenenfalls wäre zur Vermeidung einer ernsthaften Gefährdung der HSK-Zielsetzung eine geeignete Ersatzkonsolidierung heranzuziehen.

Hebesatzanpassungen der Realsteuern

Wie bereits erwähnt, sollen durch Erhöhung der Hebesätze bei der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer allein in 2015 zusätzlich 2,5 Mio. € generiert werden.

Wenngleich eine Steuererhöhung im kommunalen Bereich immer umstritten ist, haben wir hier keine andere Wahl.

Ein Vergleich mit den anderen Städten und Gemeinden der Region zeigt jedoch deutlich, dass wir uns sowohl bei der Grundsteuer B als auch bei der Gewerbesteuer jeweils im Mittelfeld bewegen. Sie können die konkreten Werte dem Band I der Haushaltssatzung entnehmen.

Meine Damen und Herren, bei der diesjährigen Haushaltsumfrage des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen zeigten die Ergebnisse der 359 Mitgliedsstädte und Gemeinden (insgesamt haben wir in Nordrhein-Westfalen 396 Gemeinden) erneut eine anhaltende strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Familie. Trotz einer relativ guten Ertragssituation, wie beispielsweise bei den Steuern, ist aufgrund des steigenden Aufwandes im Bereich der Sozialleistungen keine Trendwende der Situation der Kommunalfinanzen festzustellen.

In diesem Zusammenhang ist auch festzustellen, dass von den 359 Mitgliedsstädten und Gemeinden in diesem Jahr lediglich 37 Gemeinden einen strukturellen Haushaltsausgleich schaffen.

Nun möchte ich mich noch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die an der Erstellung dieses Haushaltsentwurfs mitgearbeitet haben, allen voran natürlich die Leiterin der Finanzbuchhaltung, Frau Bettina Merx.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“

A 5.2 Feststellung des Jahresabschlusses 2011 und Entlastung des Bürgermeisters 262/13

RM Gartzen informierte darüber, dass sich der Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 24.09.2013 mit dem Sachverhalt beschäftigt habe. Das Rechnungsprüfungsamt habe den Prüfbericht ohne Zutun externer Beratungsunternehmen erstellt. Hierfür bedankte er sich. Der Rechnungsprüfungsausschuss habe einstimmig beschlossen, dem Rat zu empfehlen, den Jahresabschluss 2011 festzustellen und dem Bürgermeister die Entlastung zu erteilen.

Einstimmig wurde vom Rat der Stadt Eschweiler folgender Beschluss gefasst:

1. Auf der Grundlage des Bestätigungsvermerkes des Rechnungsprüfungsausschusses vom 24.09.2013 und unter Einbeziehung des Prüfberichtes des Rechnungsprüfungsamtes vom 09.09.2013 stellt der Rat der Stadt Eschweiler den geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2011 in der Fassung vom 02.09.2013 fest.
2. Die Ergebnisrechnung schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von 23.019.048,99 €. Der Jahresfehlbetrag wird in Höhe von 4.228.664,19 € der Ausgleichsrücklage und in Höhe von 18.790.384,80 € der Allgemeinen Rücklage entnommen.
3. Die Ratsmitglieder beschließen, dem Bürgermeister gem. § 96 Abs. 1 GO NRW die Entlastung zu erteilen.

A 5.3 Haushaltsentwurf 2014 der StädteRegion Aachen hier: Herstellung des Benehmens nach § 55 Kreisordnung NRW zur Festsetzung der Regionsumlage 284/13

Bgm. Bertram sprach sich dafür aus, die Stellungnahme der Verwaltung aus dem Sachverhalt der Verwaltungsvorlage mit in den Beschlussentwurf aufzunehmen.

RM Gehlen äußerte, dass es durchaus positiv zu werten sei, als städtereionsangehörige Kommune Stellungnahme zum Haushalt der StädteRegion nehmen zu können. Allerdings sei eine Mehrbelastung von ca. 700.000 € nicht hinnehmbar. Die StädteRegion habe eine Vorbildfunktion, weshalb Kontakt zum Städtereionsrat Etschenberg mit der Zielsetzung, die Umlagesätze zu senken, aufgenommen werden solle.

RM Göbbels merkte an, dass die StädteRegion sich ständig an den Kommunen bediene, was nun ein Ende finden müsse. Außerdem bat er die Verwaltung, die Personalkostensteigerung und die freiwilligen Ausgaben zu hinterfragen.

RM Stolz bat um eine klare Formulierung im Beschlussentwurf, dass unter bestimmten Voraussetzung eine Genehmigung nicht erteilt werde.

Bgm. Betram erläuterte, dass es sich nicht um eine Genehmigung handele, sondern dass Benehmen hergestellt werden müsse.

RM Spies hob hervor, dass die Situation positiver dargestellt werde, als sie tatsächlich sei. Außerdem gehe er davon aus, dass die Landschaftsverbandsumlage höher ausfallen werde als bisher veranschlagt, was RM Schmitz bekräftigte.

RM Göbbels erklärte, dass die StädteRegion aufgefordert werden müsse, eine mittel- und langfristige Planung der Personalkosten zu erstellen.

Einstimmig wurde vom Rat der Stadt Eschweiler folgender Beschluss gefasst:

Die Ausführungen der Verwaltung zu den Eckdaten des Haushaltentwurfes 2014 der StädteRegion Aachen werden zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Stellungnahme im Rahmen der Benehmensherstellung zur Festsetzung der Regionsumlage gemäß § 55 Abs. 1 KrO NRW abzugeben.

Die Stadt Eschweiler begrüßt, dass die StädteRegion 2014 einen Großteil der noch verbliebenen Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplanes einsetzt. Hier wird der Vorstellung der regionsangehörigen Kommunen Rechnung getragen, die Kommunen nicht durch noch höhere Umlagen zu belasten und stattdessen in solidarischer Weise eine eigene Belastung durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage hinzunehmen. Zum Ausgleich des Haushaltes 2015 steht somit – vorbehaltlich anderweitiger Ergebnisse in noch ausstehenden Jahresabschlüssen – nur noch rund 1,8 Mio. € zur Verfügung. Ab 2016 ist die Ausgleichsrücklage auch bei der StädteRegion aufgezehrt.

Die vorliegende Entwicklung der Umlage für das Haushaltsjahr 2014 bewegt sich in dem Rahmen, der bereits im Finanzplan des Doppelhaushaltes 2012/2013 vorgegeben war.

Allerdings sollte, insbesondere aufgrund des starken Sparzwangs dem mittlerweile alle Kommunen unterworfen sind, ein eindeutiger Appell an die StädteRegion formuliert werden, weitere Kostensteigerungen in den kommenden Jahren unbedingt zu vermeiden.

Eine ggf. höhere Landschaftsverbandsumlage darf nicht zu einer weiteren Erhöhung der Regionsumlage führen, sondern sollte durch Einsparungen im Städteregionshaushalt aufgefangen werden.

Weiterhin sollte die StädteRegion vor dem Hintergrund der hohen Personalkostensteigerungen in den letzten Jahren dazu aufgefordert werden, Personalkostensteigerungen oberhalb der Orientierungsdaten in kommenden Jahren unbedingt zu vermeiden. Zu diesem Zweck sollte auch die Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben durch die StädteRegion kritisch hinterfragt werden. Auf keinen Fall sollten weitere freiwillige Aufgaben übernommen werden, die nicht auf Dauer vom Bund oder dem Land finanziert werden, da die Kommunen für eine spätere finanzielle Beteiligung über die Städteregionsumlage keinen finanziellen Handlungsspielraum mehr haben.

A 5.4

Zustimmung zur Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen bei Produkt 06 3630101 - Hilfen für junge Menschen und ihre Familien, Kostenstelle 5100 0000 Jugendamt: Sachkonto 52320100 - Kostenerstattung an andere Jugendhilfeträger gem. §§ 89 ff. SGB VIII - i.H.v. 377.700 €, Sachkonto 53310700 - Familienhilfe gem. § 31 SGB VIII - i.H.v. 80.000 €, Sachkonto 53310800 - Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII - i.H.v. 170.000 €, Sachkonto 53320400 - Heimerziehung gem. § 34 SGB VIII - i.H.v. 333.000 €, Sachkonto 53320600 - Eingliederungshilfe in Einrichtungen gem. § 35 a SGB VIII - i.H.v. 280.000 €, insgesamt = 1.240.700 € 282/13

RM Spies erläuterte, dass diese Kostenstelle schwer kalkulierbar sei und meist überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 20-25% des ursprünglichen Ansatzes zugestimmt werden müssen. Er schlug daher vor, die Haushaltsansätze im kommenden Haushaltsjahr höher anzusetzen.

Herr 1. Beigeordneter und Stadtkämmerer Knollmann erklärte, dass die Haushaltsansätze zwar höher angesetzt werden, aber nicht abzusehen sei, ob dieser Ansatz ausreichen werde.

RM Stolz bat um eine Auflistung der Kosten, die von Bund und Land auf die Kommunen übertragen werden.

Herr 1. Beigeordneter und Stadtkämmerer Knollmann wies darauf hin, dass eine solche Auflistung bereits vorliege, aber auf Wunsch erneut eine entsprechende Verwaltungsvorlage in den Jugendhilfeausschuss eingebracht werden könne.

RM Göbbels hob hervor, dass dieser Sachverhalt eine Frage der allgemeinen Finanzwirtschaft sei und fragte an, ob mit Mehreinnahmen von zwei Millionen Euro im Bereich der Gewerbesteuer gerechnet werden könne, was Herr 1. Beigeordneter und Stadtkämmerer Knollmann bestätigte.

Einstimmig wurde vom Rat der Stadt Eschweiler folgender Beschluss gefasst:

Gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW wird die Zustimmung zur Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2013

Bei Produkt 06 3630101 – Hilfen für jungen Menschen und ihre Familien, Kostenstelle 5100 0000 Jugendamt: Sachkonto 52320100 – Kostenerstattung an andere Jugendhilfeträger gem. §§ 89 ff. SGB VIII – i.H.v. 377.700 €, Sachkonto 53310700 – Familienhilfe gem. § 31 SGB VIII – i.H.v. 80.000 €, Sachkonto 53310800 – Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII – i.H.v. 170.000 €, Sachkonto 53320400 – Heimerziehung gem. § 34 SGB VIII – i.H.v. 333.000 €, Sachkonto 53320600 – Eingliederungshilfe in Einrichtungen gem. § 35 a SGB VIII – i.H.v. 280.000 € und

Bei Produkt 06 3610101 – Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege, Kostenstelle 51000000, Sachkonto 53118000 – Zuw. u. Zuschüsse f. lfd. Zwecke an übrige Bereiche – in Höhe von 150.000 €, insgesamt 1.265.700 €

erteilt.

Die Deckung dieser überplanmäßigen Aufwendung in Höhe von insgesamt 1.265.700 € ist durch Mehrerträge bei Sachkonto 40130000, Bez. Gewerbesteuer im Produkt 166110101 gewährleistet.

- A 5.5** **Zustimmung zur Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen bei Produktsachkonto 53380100 - 053130101; Bez.: Laufende Leistungen, § 2 AsylbLG; Kostenstelle: 50100000, i. H. v. 100.000,00 € bei Produktsachkonto 53380400 - 053130101; Bez.: Sach- und Geldleistung, § 3 AsylbLG; Kostenstelle: 50100000, i. H. v. 100.000,00 € bei Produktsachkonto 53380500 - 053130101; Bez.: Krankenhilfe (§ 4 AsylbLG/ § 264 SGB V); Kostenstelle: 50100000, i. H. v. 150.000,00 € (insgesamt 350.000,00 €)**
291/13

Einstimmig wurde vom Rat der Stadt Eschweiler folgender Beschluss gefasst:

Gem. § 83 GO NRW i.V.m. § 41 GO (Zuständigkeit des Rates) wird die Zustimmung zur Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2013 bei Produktsachkonto 53380100 - 053130101; Bez.: Laufende Leistungen, § 2 AsylbLG; Kostenstelle: 50100000, i. H. v. 100.000,00 € bei Produktsachkonto 53380400 - 053130101; Bez.: Sach- und Geldleistung, § 3 AsylbLG; Kostenstelle: 50100000, i. H. v. 100.000,00 € & bei Produktsachkonto 53380500 - 053130101; Bez.: Krankenhilfe (§ 4 AsylbLG/ § 264 SGB V); Kostenstelle: 50100000, i. H. v. 150.000,00 € (insgesamt 350.000,00 €)

erteilt.

Die Deckung dieser überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 350.000,00 € ist durch Mehrerträge bei Sachkonto 40130000, Bez. Gewerbesteuer im Produkt 166110101 gewährleistet.

- A 6** **Neuverteilung der finanziellen Mittel für die Jugendarbeit der Evangelischen Kirchengemeinde Weisweiler-Dürwiß und der Kath. Kirchengemeinde St. Peter und Paul –Eschweiler**
257/13

RM Borchardt merkte an, dass die Gewährung der Zuschüsse für eine Fachkraft in den Kirchengemeinden auf ein Jahr befristet und die Finanzierung nach Ablauf dieses Jahres somit nicht gesichert sei. Er fragte nach, wie dies in Zukunft vorgesehen sei.

RM Mund berichtete, dass diese Angelegenheit bereits im Jugendhilfeausschuss vorberaten worden sei und es sich hier um eine Übergangslösung handele.

RM Medic bekräftigte, dass im Jugendhilfeausschuss Einigkeit über diesen Sachverhalt bestanden habe. Es handele sich um freiwillige Leistungen. Zwar gäbe es keine Lösungsvorschläge, wie nach Ablauf eines Jahres weiter vorgegangen werden soll, allerdings werde die jetzige Einigung im Jugendhilfeausschuss als positiv empfunden.

Der Rat der Stadt Eschweiler fasst folgenden Beschluss mit einer Enthaltung (RM Borchardt) einstimmig:

Der Stadtrat beschließt die Kommunalen Zuschüsse für die Jugendarbeit der Evangelischen Kirchengemeinde Weisweiler-Dürwiß und für die Katholische Kirchengemeinde St. Peter und Paul Eschweiler, wie in der Verwaltungsvorlage dargestellt, neu aufzuteilen.

A 7 Auflösung des ZAR e.V. und zukünftige Mitarbeit in der Grünmetropole e.V. 195/13

RM Widell erklärte, dass er der Auflösung des ZAR e.V. zustimme, aber meine, dass sich ein Austritt aus der Grünmetropole e.V. als positiv erweisen würde.

RM Göbbels fragte nach, ob sich aus dem Ausstieg aus der Grünmetropole e.V. auch ergeben würde, dass in diesem Fall kein Zugriff mehr auf EU-Fördermittel bestünde.

Bgm. Bertram erklärte, dass sich dies nur auf die Projekte der Grünmetropole e.V. beschränken würde, ein Ausstieg allerdings überdacht werden müsse.

Einstimmig wurde vom Rat der Stadt Eschweiler folgender Beschluss gefasst:

Der Rat der Stadt Eschweiler

- 1.) bestätigt die Beschlussfassung der vom Rat entsendeten Vertreter in die Mitgliederversammlung der Zukunftsinitiative im Aachener Raum (ZAR) e.V.:

Beschluss zu TOP 2 der Mitgliederversammlung am 28.05.2013

Der Verein Zukunftsinitiative im Aachener Raum (ZAR) e.V. wird zum 30.06.2013 aufgelöst. Nach Bestätigung dieser Beschlussfassung durch Ratsbeschlüsse der Mitgliedskommunen wird der Auflösungsbeschluss - über den Notar - dem Vereinsgericht mitgeteilt. Die Kosten bis zur Auflösung, sowie die Kosten bis zum Ende des sich anschließenden Liquidationsjahres bis 30.06.2014 werden von den Mitgliedskommunen durch die Mitgliedsbeiträge getragen. Nach Abschluss der Liquidation wird vorhandenes Vermögen an die Mitglieder, entsprechend der Satzung, ausgezahlt.

- 2.) nimmt zur Kenntnis, dass im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für den Haushalt 2014 über die weitere Mitgliedschaft in der Grünmetropole e.V. sowie einer mittelbaren Mitgliedschaft in einer sich in Gründung befindenden Stichting mit einem jährlichen Aufwand von zur Zeit 4.522,00 € (Basiskosten 3.058,00 € + Kosten grenzüberschreitende Zusammenarbeit 1.464,00 € = Gesamt 4.522,00 €) entschieden wird.

Vor Einstieg in den Tagesordnungspunkt A 8 verwies Bgm. Bertram auf die den Ratsmitgliedern bekannten und zu beachtenden Mitwirkungsverbote gemäß § 31 in Verbindung mit § 43 Abs. 3 Gemeindeordnung.

A 8 2. Änderung des Bebauungsplanes D 13 -Bonhoefferstraße- hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss 236/13

Einstimmig wurde vom Rat der Stadt Eschweiler folgender Beschluss gefasst:

- I. Die Stellungnahmen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und 2 BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1 der Verwaltungsvorlage).
- II. Die Stellungnahmen der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 2 der Verwaltungsvorlage).
- III. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
- IV. Die 2. Änderung des Bebauungsplanes D 13 –Bonhoefferstraße – (Anlage 3 und 4 der Verwaltungsvorlage) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 5 der Verwaltungsvorlage) als Abschlussbegründung hierzu.

**A 9 Sportplatz Röhe
290/13**

RM Krieger erklärte zu diesem Tagesordnungspunkt seine Befangenheit und nahm für die Dauer der Beratungen in den Besucherreihen Platz.

RM Gehlen erläuterte, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 09.10.2013 die Angelegenheit vorberaten und dieser zugestimmt habe. Einzelheiten würden bei den Haushaltsplanberatungen berücksichtigt.

RM Stolz fragte nach, weshalb die Kontaminierung des Bodens bisher nicht behoben worden sei.

Herr Kamp erläuterte, dass dies nicht notwendig gewesen sei, da eine entsprechende Nutzung durch Vereine oder Schulen bisher nicht stattgefunden habe.

Einstimmig wurde vom Rat der Stadt Eschweiler folgender Beschluss gefasst:

Der Herrichtung des Geländes als Spiel-, Sport- und Freizeitgelände durch den Verein „Sportplatz Röhe e.V.“ gemäß den Angaben im Sachverhalt der Verwaltungsvorlage unter Bewilligung eines einmaligen Zuschusses durch die Stadt Eschweiler i.H.v. 16.000 € wird zugestimmt.

A 10 Anfragen und Mitteilungen

A 10.1 Kenntnisnahme über- und außerplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen

Folgender Sachverhalt wurde vom Rat der Stadt Eschweiler zur Kenntnis genommen:

Entsprechend § 83 Abs. 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 21 Abs. 1 und 2 der Hauptsatzung der Stadt Eschweiler – jeweils in der derzeitigen Fassung – nimmt der Rat der Stadt Eschweiler die in der Zeit vom 02.04.2013 bis 30.08.2013 genehmigten unerheblichen überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen – gemäß Anlage I (der Verwaltungsvorlage) – zur Kenntnis.

A 10.2 Ausbau Euregiobahn

RM Leonhardt berichtete, dass der sachkundige Bürger im Planungs-, Umwelt und Bauausschuss Herr Braune nachgefragt habe, ob der Ausbau der Euregiobahn hinsichtlich eines Haltepunktes in St. Jöris geplant sei.

Bgm. Bertram erklärte, der Geschäftsführer der EVS habe geäußert, dass der Ausbau Mitte nächsten Jahres erledigt sei, dann werde auch der Bahnverkehr aufgenommen.

RM Göbbels fragte nach, ob die Euregiobahn dann bis nach Kinzweiler fahre und wieder zurück, was Bgm. Bertram bestätigte.

A 10.3 Werbefylon Mediamarkt

Herr Kamp berichtete, dass bezüglich des Werbefylons am Mediamarkt nun ein Beschluss des Oberverwaltungsgerichts dessen Rechtmäßigkeit bestätige.

A 10.4 Transparenz städtischer Gesellschaften

RM Spies sprach die in der Vergangenheit versprochene Stellungnahme zur Transparenz städtischer Gesellschaften an. Diese sei bislang nicht eingegangen.

Herr Rehahn erklärte, dass die Auskunft eines Kommunalrechtsexperten noch fehle und sagte zu, die Stellungnahme für die nächste Ratssitzung beizubringen.

A 10.5 Rücktritt Bürgermeister Bertram

Bgm. Bertram informierte darüber, dass er seinen Rücktritt zum 22.06.2013 erklärt habe und diesen am nächsten Tag dem Städteregionsrat überbringen lassen werde.

Weitere Anfragen und Mitteilungen lagen nicht vor. Bgm. Bertram schloss daher den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.15 Uhr und verabschiedete die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Zuhörer. Der nichtöffentliche Teil der Sitzung wurde um 19.28 Uhr fortgesetzt.